

Hardwareluxx Media GmbH  
Zum Wiehegraben 5  
30519 Hannover

Registergericht: Amtsgericht Hannover  
Registernummer: HRB 200030  
USt-IdNr.: DE242866417  
Geschäftsführung: Dennis Bode  
Gerichtsstand: Hannover  
Verantwortlich im Sinne der Redaktion (gemäß § 10 Absatz 3 MDStV): Dipl.-Ök. Dennis Bode

Gerrit Mumme  
[Online]-Redakteur

E-Mail:  
[gerrit.mumme@hardareluxx.de](mailto:gerrit.mumme@hardareluxx.de)

## **Interview SPD-Bundestagsfraktion, Hr. Lars Klingbeil**

1. Woher kommen die zunehmende Politikverdrossenheit und das Politikmisstrauen gegenüber den „alten“ Parteien insbesondere aus Kreisen des Internets?
  - a. Was hat die SPD dem (den Piraten) entgegenzusetzen und wie wird sie sich künftig positionieren?
2. Wie ist Ihr Standpunkt zum Thema Datenschutz? Wie bewerten sie den Dialog aus der Freiheit des Einzelnen und der Sicherheit der demokratischen Gesellschaft?
  - a. Vorratsdatenspeicherung
  - b. Soziale Netzwerke (Facebook Timeline), Vorstoß Schleswig-Holstein zum „Facebook-Like“, Zusammenarbeit der Justiz mit sozialen Netzwerken
3. Sollte die Netzanonymität bestehen bleiben? Wie bewerten Sie die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Internet mit Offenlegung der Identität zu nutzen?
  - a. sind Websperren (wie von Kauder, CDU neu zur Disposition gebracht) Ausdruck der Rechtsstaatlichkeit im Internet oder der Versuch der Etablierung einer Kontrollinstanz?
4. Glauben Sie, dass es im pluralistischen Demokratiemodell der Bundesrepublik einer stärken Einbeziehung direkter Demokratie durch das Netz auf Bundesebene bedarf?
  - a. Ist Anonymous Teil eines Ausdrucks von Mehr „direkter Demokratie“?

1. Woher kommt die zunehmende Politikverdrossenheit und das Politikmisstrauen gegenüber den „alten“ Parteien insbesondere aus Kreisen des Internets?

a. Was hat die SPD dem (den Piraten) entgegensetzen und wie wird sie sich künftig positionieren?

- Die **Menschen** wollten wieder **mehr mitreden** und sich in die Politik einbringen, das Internet wäre anfangs als neue Kommunikationsplattform von den „alten Parteien“ unterschätzt worden, es sei an der Zeit für einen **Schritt zur Öffnung** (aus SPD-Sicht)
- [SPD-Online-Antrag](#) als Diskussionsplattform für jeden übers Internet zur Formulierung des Antrags „Arbeit und Wirtschaft in der digitalen Gesellschaft“
- die **Piraten** entstammen zum Großteil dem **Protest** gegen die Vorratsdatenspeicherung, mit der Neuausrichtung der SPD im netzpolitischem Bereich für eine neue Wahrnehmung der Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft entfällt ihre Notwendigkeit

2. Wie ist Ihr Standpunkt zum Thema Datenschutz? Wie bewerten sie den Dialog aus der Freiheit des Einzelnen und der Sicherheit der demokratischen Gesellschaft?

a. Vorratsdatenspeicherung

b. Soziale Netzwerke (Facebook Timeline), Vorstoß Schleswig-Holstein zum „Facebook-Like“, Zusammenarbeit der Justiz mit sozialen Netzwerken

- der Datenschutz bedarf eines neuen Verständnisses
- **Daten** sollten grundsätzlich nur **anonym** erhoben werden und nicht unmittelbar / nur mit richterlichem Beschluss mit einer realen Person verknüpfbar sein, gleiches gilt für das getrennte Erheben von IP-Adressen ohne Bezug zu einer realen Person, „welche Daten braucht man wirklich (Bezug EU-Diskussion), Verweis auf [Stellungnahme 3](#)
- es sei die Aufgabe der Politik, bei den Leuten die **Netzkompetenz** und das Verständnis zu fördern und nicht durch eine Art der staatlichen Regulierung im Falle einer erfolglosen Selbstregulierung (CDU-Antrag) mit dem Gewaltmonopol (nicht wortwörtlich so gesagt, sinngemäß) tätig zu werden
- Facebook und Google müssten **transparenter** agieren im Sinne einer „datensparsamsten“ Variante (gilt auch für die Nutzer und ihre Mündigkeit / es ist ihre Entscheidung → was gibt man über sich preis?), Innovation muss und darf aber nicht durchweg verteufelt werden

3. Sollte die Netzanonymität bestehen bleiben? Wie bewerten Sie die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Internet mit Offenlegung der Identität zu nutzen?

a. sind Websperren (wie von Kauder, CDU neu zur Disposition gebracht) Ausdruck der Rechtsstaatlichkeit im Internet oder der Versuch der Etablierung einer Kontrollinstanz?

- nach Telemediengesetz das „**Recht auf Anonymität**“, es sei daher eine **Symboldebatte**, der Schutz der Anonymität im Internet muss durch die Politik gewährleistet sein ([Telemediengesetz §13 Abs. 4 und Abs. 6](#), [Gerichtsurteil OLG Hamm: Recht auf anonymisierte Internetnutzung](#), [Grundgesetz Artikel 5 Abs. 2](#))
- Websperren wären keine Option (Wechsel Position, unter der großen Koalition noch eingeführt), Verweis auf [Stellungnahme 2](#)
- eine Diskussion nach dem Prinzip der Regulierung und Selbstregulierung wie von der CDU / CSU-Bundestagsfraktion angestoßen spiele nur den Regulatoren in die Hände

4. Glauben Sie, dass es im pluralistischen Demokratiemodell der Bundesrepublik einer stärkeren Einbeziehung direkter Demokratie durch das Netz auf Bundesebene bedarf?
- a. Ist Anonymous Teil eines Ausdrucks von Mehr „direkter Demokratie“?

- Verweis auf Stellungnahme 1
- Schäden egal ob wirtschaftlicher als auch privater Natur sind in einem Rechtsstaat **äquivalent** und gehören **geahndet**, Anonymous helfe letztendlich niemandem, Buchhinweis: „Nerd Attack“,
- die Differenzierung der Piraten, dass sich die Politik nicht zur Geisel der Wirtschaft machen sollte, wäre schlicht falsch

Zum Interviewpartner:

Lars Klingbeil, 33 Jahre, MdB SPD, Berichterstatter für neue Medien der SPD-Bundestagsfraktion (netzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)

(gm)